

Protokoll

Gremium: Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 22.11.2023
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:22 Uhr
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hartmut Bruns

Mitglieder

Herr Dirk Bakenhus

Herr Knut Bekaam

Frau Lina Bischoff

Herr Hergen Erhardt

Vertretung für KA Töpfel

Herr Alexander Essen von

Herr Jannes Hoormann

Herr Torsten Huber

Herr Bernd Janßen

bis 16:45 Uhr

Frau Beate Logemann

Herr Holger Mundt

Herr Hartmut Orth

Herr Frerk Schmidt

Herr Lars Schmidt-Berg

Frau Kirsten Schnörwangen

Frau Kira Wiechert

von der Verwaltung

Frau Landrätin Karin Harms

Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann

Frau Nicole Bunger, Mitarb. Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

Herr Betriebsleiter Michael Hauschke

Frau Julia Viola, stellv. Betriebsleiterin

Protokollführerin

Frau Claudia Hobbiebrunken

Abwesend:

Mitglieder

Herr Stefan Töpfel

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb am 19.04.2023
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Einführung eines Ident-Systems zur Kennzeichnung von Müllgroßbehältern (Behälter-ID)
Vorlage: BV/136/2023
- 7 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2022 sowie Entlastung der Betriebsleitung und Verwendung des Jahresgewinns gem. § 33 EigBetrVO i.V.m. § 3 Abs. 3 Nr. 4 der Betriebssatzung
Vorlage: BV/180/2023
- 8 Wirtschaftsplan 2024 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/137/2023
- 9 Wirtschaftsplan 2024 des Betriebs gewerblicher Art (BgA) Containerstellplätze/Papiersammlung/Abfallberatung Duales System Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/138/2023
- 10 Gebührenbedarfsberechnung für die Abfallentsorgung im Wirtschaftsjahr 2024
Vorlage: MV/073/2023
- 11 Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/154/2023
- 12 Mitteilungen der Landrätin
- 13 Anfragen und Hinweise
- 14 Einwohnerfragestunde
- 15 Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Bruns eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Bruns stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb am 19.04.2023

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 6 Einführung eines Ident-Systems zur Kennzeichnung von Müllgroßbehältern (Behälter-ID) Vorlage: BV/136/2023

BL Hauschke führt einleitend aus, dass die derzeit praktizierte Kennzeichnung der Mülltonnen durch Gebührenmarken durch ein elektronisches Behälteridentifikationssystem ersetzt werden soll. In der Vergangenheit hätten auch die kreisangehörigen Gemeinden und die Stadt Westerstede darauf hingewiesen, dass die jetzige Kennzeichnung nicht mehr zeitgemäß und auch für die Bürgerinnen und Bürger zu aufwendig sei.

Mit Beschluss des Kreistages vom 16.06.2022 wurde die Verwaltung beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Behälteridentifikationssystem erstellen zu lassen. BL Hauschke begrüßt Herrn Oelgemöller vom Ingenieurbüro INFA GmbH aus Ahlen, der die Ergebnisse dieser Studie anhand einer PowerPoint Präsentation vorträgt. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Oelgemöller vom Ingenieurbüro INFA GmbH bedankt sich für die Einladung und stellt sich und das Ingenieurbüro kurz vor. Anhand der PowerPoint Präsentation beschreibt er ausführlich die Möglichkeiten, die sich aus dem Einsatz eines Behälteridentifikationssystem ergeben könne. In seinem Vortrag stellt Herr Oelgemöller dar, dass die Investitionskosten für den Abfallwirtschaftsbetrieb aufgrund von Erfahrungswerten zwischen 450.000 Euro und 665.000 Euro liegen werde.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages geht Herr Oelgemöller näher auf die Thematik der Behälterverwaltung und die damit verbundenen Gebührenveranlagung ein. Er stellt diesbezüglich mögliche Umsetzungsvarianten vor und bewertet die möglichen finanziellen Auswirkungen auf den Status Quo. Herr Oelgemöller erläutert, dass die Variante 3, die die zentrale Behältererfassung und zentrale Gebührenveranlagung durch den Abfallwirtschaftsbetrieb mit rd. 270.000 Euro beinhaltet, die wirtschaftlichste Vorzugsvariante darstellt und insoweit präferiert werden sollte.

KA von Essen fragt nach, warum empfohlen werde, dieses System auch für die Altpapierbehälter einzuführen, da hier aktuell keine Gebühr erhoben werde.

BL Hauschke teilt mit, dass aus seiner Sicht die Einbeziehung der gebührenfreien Papiertonne wichtig sei, da ansonsten der Behälterbestand nicht vollständig dargestellt werde. Diese Daten würden u.a. bei zukünftigen Ausschreibungen benötigt, um den Bietern eine umfassende Kalkulierungsgrundlage zu bieten. Derzeit wisse man lediglich, dass insgesamt ca. 40.000 Altpapierbehälter ausgeliefert worden seien, aber nicht, ob diese auch aktiv für die Altpapierentsorgung genutzt würden. Dies könne über das Ident System ermittelt werden.

EKR Kappelmann ergänzt hierzu, dass der Mehraufwand sehr gering sei, wenn diese Behälter im gleichen Zuge wie die übrigen Abfallbehälter ebenfalls mit einem Transponder ausgestattet werden. Ein wichtiger Aspekt sei im Weiteren, dass bei einer Benachrichtigung von Bürgern, dass eine Leerung nicht erfolgt sei, hier genau nachvollzogen werden könne, woran es gelegen habe.

KA Bekaam spricht seinen Dank an Herrn Oelgemöller für den ausführlichen Bericht und die Präsentation aus. Er sei der Meinung, dass die Einführung eines solchen Systems wichtig und richtig sei. Hierdurch ließe sich der jetzige Arbeitsaufwand in der Verwaltung verringern und auch für Bürgerinnen und Bürger sei der Wegfall der Gebührenmarken ein Vorteil. In Bezug auf die angesprochene Kostenersparnis fragt er nach, ob dies die Ersparnis bei den Gemeinden sei oder die effektive Ersparnis.

Herr Oelgemöller führt hierzu aus, dass es sich hierbei um die tatsächliche Kostenersparnis für den Landkreis handle und nicht bloß um eine Kostenverlagerung.

KA Schnörwangen fragt nach, ob mit der Einführung des Ident Systems die bisherigen Abfuhrhythmen und die unterschiedlich genutzten Abfallbehälter weiterhin so umsetzbar seien.

BL Hauschke teilt mit, dass mit der Einführung eines Ident Systems das bisherige Gebührensystem und die Abfallrhythmen unverändert bleiben.

KA Mundt teilt nicht die Meinung, dass sich Müll reduzieren lasse, wenn die Abfallbehälter nach Gewicht abgerechnet werden, wie in der Vorlage dargestellt. Er denke, dass evtl. dann Müll anderweitig entsorgt werde. Er fragt nach, ob eine Änderung der Behältergröße z.B., wenn von Oktober bis März eine kleinere Biotonne und sonst eine größere Tonne genutzt werde, automatisch durch die Transponder-Erkennung möglich sei.

Herr Oelgemöller bestätigt dies.

KA Schmidt-Berg bedankt sich für den ausführlichen und interessanten Vortrag. Für die Zukunft bedeute dies eine große Erleichterung, gerade in Bezug auf die Datenerfassung. Die Fraktion unterstütze den Beschlussvorschlag. Er fragt nach, bei welcher Gemeinde mit der Einführung begonnen werde und ob es hierfür einen zeitlichen Ablaufplan gebe.

BL Hauschke teile mit, dass der in der Vorlage abgebildete Zeitplan unverbindlich sei. Eine Detailplanung sei erst möglich, sobald alle erforderlichen Ausschreibungsergebnisse vorliegen. In welcher Gemeinde mit der Umstellung begonnen werde, sei derzeit noch nicht entschieden und werde später festgelegt.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Die Einführung eines Behälteridentsystems für die Rest-, Biomüll- und Altpapierentsorgung wird beschlossen. Gleichzeitig wird mit der Einführung des Behälteridentsystems die Zuständigkeit für die Gebührenveranlagung und die damit verbundenen Aufgaben von den kreisangehörigen Gemeinden und der Stadt Westerstede auf den Landkreis Ammerland übertragen, soweit die tatsächlichen und technischen Voraussetzungen geschaffen sind.

**Zu TOP 7 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2022 sowie Entlastung der Betriebsleitung und Verwendung des Jahresgewinns gem. § 33 EigBetrVO i.V.m. § 3 Abs. 3 Nr. 4 der Betriebssatzung
Vorlage: BV/180/2023**

BL Hauschke trägt den Sachverhalt vor und bezieht sich auf die Vorlage. Das Wirtschaftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresergebnis in Höhe von 90.304,68 Euro ab. Er erläutert ausführlich den Hintergrund zum entstandenen Verlust im gebührenrechtlichen Teil des Jahresabschlusses.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Jahresabschluss 2022 mit den nachfolgend genannten Werten sowie der Lagebericht 2021 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Ammerland werden als richtig anerkannt und festgestellt:

1. Bilanz zum 31.12.2022	Bilanzsumme:	22.006.279,39 EURO
2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2022	Ergebnis – Jahresgewinn	90.304,68 EURO

An den Haushalt des Landkreises Ammerland wird keine Eigenkapitalverzinsung abgeführt.

Es wird beschlossen, den Jahresfehlbetrag des gebührenrechtlichen Teils in Höhe von 44.691,60 € aus der zweckgebundenen Rücklage für die Rekultivierung und Nachsorge zu entnehmen und den Jahresüberschuss des Betriebs gewerblicher Art (BgA) von 134.996,28 € ins Folgejahr vorzutragen und als Gewinnvortrag vorzutragen.

Der Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

**Zu TOP 8 Wirtschaftsplan 2024 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/137/2023**

BL Hauschke verweist zu den Einzelheiten auf die Vorlage. Er weist darauf hin, dass die Preisgleitklauseln in den langfristigen Entsorgungsverträgen aus betriebswirtschaftlicher

Sicht keine Auswirkungen gehabt hätten. Im Bereich der thermischen Abfallverwertung müsse jedoch mit deutlichen Mehrkosten gerechnet werden. Dies liege daran, dass ab 2024 die CO₂-Bepreisung ihren Niederschlag in der thermischen Abfallbehandlung finde und in das Brennstoff-Emissionshandelsgesetz einbezogen werde. Dies bedeute, dass man für die Abfälle, die man zur Verwertung nach Bremen zur swb gebe, pro Tonne einen CO₂-Aufschlag entrichten müsse. Insgesamt müsse mit Mehrausgaben für das Jahr 2024 in Höhe von ca. 363.700 Euro gerechnet werden. Durch notwendige Instandsetzungsmaßnahmen für die mechanisch-biologische-Anlage des Landkreises Aurich und auf dem Gelände der Zentraldeponie Mansie sei auch hier mit Mehrkosten zu rechnen. Erfreulich sei, dass durch die geänderte Geldpolitik der europäischen Zentralbank inzwischen Zinsen erwirtschaftet werden können. Der Abfallwirtschaftsbetrieb geht davon aus, dass für nicht benötigte Finanzmittel, die u.a. als Darlehen an den Eigenbetrieb Immobilienbetreuung ausgeliehen werden, mit Zinsen in Höhe von rd. 515.600 Euro zu rechnen sei. Im Vermögensplan 2024 ist die Errichtung einer Photovoltaikanlage (PV-Anlage) auf den Dachflächen der ehemaligen Nachrottehalle vorgesehen. Die PV-Anlage werde im Wesentlichen zum Zwecke des Eigenverbrauchs für die Restmüllvorbehandlungsanlage eingesetzt und überschüssig erzeugter Strom werde in das öffentliche Netz eingespeist. Es sei geplant, die PV-Anlage im Frühjahr 2024 in Betrieb zu nehmen.

KA Bekaun bezieht sich auf die Seite 19 der Vorlage und fragt nach warum sich die Summe der Telefongebühren der Verwaltung im Jahr 2023 gegenüber dem Jahr 2022 fast verdoppelt hätten und der Planansatz für 2024 wieder halbiert worden sei. Dies ließe sich im digitalen Zeitalter seiner Meinung nach nicht erklären.

EKR Kappelmann teilt mit, dass es hierzu eine Beantwortung im Protokoll geben werde.

Antwort:

Die Telefonkosten für das Wirtschaftsjahr 2023 wurden auf der Grundlage des Rechnungsergebnisses 2021 in Höhe von rd. 5.500 Euro geplant, die aufgrund fehlerhafter Zuordnung von Telefonaufwendungen im Wirtschaftsjahr 2021 zu hoch ausgewiesen wurden.

KA Logemann bezieht sich auf Seite 18 der Vorlage und fragt nach, warum hier die Materialaufwendungen, Aufwendungen für Hilfs- u. Betriebsstoffe in den Jahren so unterschiedlich hoch angesetzt seien.

Frau Bunger teilt mit, dass unter diesem Punkt auch die Energiestoffe (Strom und Gas) berücksichtigt seien. Aufgrund der Energiekrise und der dadurch schwer zu kalkulierenden Kosten sei im Jahr 2023 der Planansatz hierfür sehr hoch gewesen.

BL Hauschke fügt hinzu, dass durch die Gebührenerhöhung für die Beistellsäcke deutlich weniger Abfallsäcke verkauft werden, so dass insoweit mit einer geringen Anzahl von Beistellsäcken kalkuliert wurde. Darüber hinaus haben sich die Bezugskosten für die Beistellsäcke wieder normalisiert.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Wirtschaftsplan 2024 für den Abfallwirtschaftsbetrieb wird beschlossen.

Zu TOP 9 Wirtschaftsplan 2024 des Betriebs gewerblicher Art (BgA) Containerstellplätze/Papiersammlung/Abfallberatung Duales System Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/138/2023

Auf den Sachverhalt wird verwiesen.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2024 des BgA Containerstellplätze/Papiersammlung/Abfallberatung Duales System Landkreis Ammerland wird beschlossen.

Zu TOP 10 Gebührenbedarfsberechnung für die Abfallentsorgung im Wirtschaftsjahr 2024
Vorlage: MV/073/2023

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 11 Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/154/2023

BL Hauschke verweist hierzu auf den Sachverhalt in der Vorlage.

KA Schmidt-Berg bezieht sich auf den Punkt 8.2 „Organisations- und Betriebsstruktur“ auf Seite 90 der Vorlage. Es sei im Vorfeld von der CDU-Fraktion beantragt worden, die Möglichkeit der Bargeldzahlung bei der Deponie Mansie zu erhalten und nicht als alleiniges Zahlungsmittel die bargeldlose Zahlung zuzulassen. Eine ausschließlich bargeldlose Zahlungsmöglichkeit habe nichts mit einer Serviceverbesserung zu tun. Es gebe viele Bürgerinnen und Bürger, für die Bargeld noch das zentrale Zahlungsmittel sei.

Aus diesem Grund beantragt er die Streichung des Satzes: „In diesem Zusammenhang wird angestrebt, auf der Deponie Mansie die bargeldlose Zahlung langfristig als einziges Zahlungsmittel zuzulassen“ und diesen wie folgt zu ersetzen: „Weiterhin wird auf der Deponie Mansie die Zahlung bargeldlos sowie mit Bargeld für die Jahre 2023-2027 möglich sein“.

KA Schmidt teilt mit, dass er dem Antrag von KA Schmidt-Berg zustimme. Seiner Meinung nach habe die Abschaffung der Möglichkeit mit Bargeld zu bezahlen, nichts mit einer Verbesserung der Serviceleistungen zu tun.

Der Änderungsantrag wird wie folgt zusammengefasst:

Im vorgelegten Abfallwirtschaftskonzept wird unter Punkt 8.2. „Organisations- und Betreiberstruktur“ der Satz: „In diesem Zusammenhang wird angestrebt, auf der Deponie Mansie die bargeldlose Zahlung langfristig als einziges Zahlungsmittel zuzulassen“ gestrichen und ersetzt durch: „Weiterhin wird auf der Deponie Mansie die Zahlung bargeldlos sowie mit Bargeld für die Jahre 2023-2027 möglich sein“.

Vorsitzender Bruns lässt über diesen Änderungsantrag abstimmt.

Der Änderung wird einstimmig zugestimmt.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Das Abfallwirtschaftskonzept für den Landkreis Ammerland für den Zeitraum 2023 bis 2027 wird beschlossen.

Zu TOP 12 Mitteilungen der Landrätin

Keine Mitteilungen.

Zu TOP 13 Anfragen und Hinweise

KA Bischoff gibt den Hinweis, dass es in der Gemeinde Edeweicht zurzeit sehr wenige gelbe Säcke an den Ausgabestellen gebe.

BL Hauschke teilt mit, dass dies damit zusammenhängen könne, dass es zum 1.1.2024 einen Entsorger-Wechsel gebe. Der bisherige Entsorger sei aber angehalten, die Ausgabestellen bis Vertragsende mit gelben Säcken auszustatten. Er dankt für den Hinweis und werde dem nachgehen.

Anmerkung:

Auf Nachfrage erklärte der derzeitige Entsorger, dass die Versorgung des Kreisgebietes mit gelben Säcken selbstverständlich sichergestellt werde.

Zu TOP 14 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 15 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Bruns schließt die öffentliche Sitzung.